

II-3845 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4909 /J

1990 -01- 2 5

ANFRAGE

der Abgeordneten Heinzinger, Dr.Ettmayer, Dr.Ermacora
und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend Bekenntnis zur Landesverteidigung

Nach der Bundesverfassung obliegt dem Bundeskanzler die
Koordination der umfassenden Landesverteidigung. Insoferne ist
auch eine Verantwortung des Bundeskanzlers für die militärische
Landesverteidigung gegeben.

Es gibt aus jüngster Zeit eine Reihe einander widersprechender
Erklärungen führender SPÖ-Politiker zur militärischen
Landesverteidigung.

Die Frau Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Johanna Dohnal,
forderte die Schaffung eines Sicherheitsministeriums, was auf
die Abschaffung des Bundesheeres und der militärischen
Landesverteidigung hinausläuft.

Der SPÖ-Zentralsekretär Abg.z.NR Marizzi fordert ein
Bundesheer-light und glaubt, daß ein drei- bis viermonatiger
Grundwehrdienst genug ist.

SPÖ-Wehrsprecher Abg.z.NR Roppert wiederum bekennt sich zu
einem Milizheer in der heutigen Form mit einem Mindestmaß an
schweren Waffen und Reformen.

Der Bürgermeister der Stadt Wien, Dr. Helmut Zilk, hat sich für ein von der Kronenzeitung gefordertes Berufsheer ausgesprochen.

Vonseiten der Jungen SPÖ verlautet, daß sich die Frage stelle, ob überhaupt ein Heer notwendig sei. Sie, Herr Bundeskanzler, sprechen sich für die allgemeine Wehrpflicht und für ein Milizheer aus.

Die Aussagen dieser führenden Repräsentanten der SPÖ und des Koalitionspartners lassen weder Übereinstimmung noch ein klares Ziel einer effizienten Verteidigungspolitik erkennen. Dies ist bedauerlich, da gerade in Zeiten globaler Umbrüche und Unsicherheiten ein funktionierendes Heer ein wichtiger Sicherheits- und Stabilitätsfaktor ist.

In einer Glosse hat der Chefredakteur der Kleinen Zeitung, Fritz Csoklich, am 14. Jänner d.J. ausgeführt, daß hinter der gegenwärtigen Bundesheer-Kampagne nicht die Sorge um unsere Landesverteidigung stecke, sondern der beinharte Kampf um Leser, Auflagen und Marktanteile auf dem Boulevard. Die Vorfälle im österreichischen Bundesheer ausnützend, wird bis zur ersatzlosen Abschaffung des Bundesheeres alles gefordert, was Leser bringen könnte.

Angesichts dieser Situation stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Teilen Sie die in dem Artikel von Chefredakteur Fritz Csoklich geäußerten Bedenken?
- 2) Ist es, angesichts der gewaltigen Unsicherheiten im Osten und der nach wie vor bestehenden Rüstungspotentiale, verantwortlich, die eigene Landesverteidigung in Frage zu stellen?

- 3 -

- 3) Werden Sie weiter für die allgemeine Wehrpflicht und für ein Milizheer eintreten?
- 4) Verteidigungsminister Dr. Robert Lichal bekennt sich zu einer permanenten Reformtätigkeit. Er sieht in der Vorwahlphase keinen idealen Zeitpunkt die durchaus heikle Frage der Landesverteidigung seriös zu diskutieren. Sehen Sie diese Möglichkeiten angesichts der jetzt schon bestehenden aggressiven Diskussion um den höchst unterschiedlichen Standpunkt zu dieser Frage in Ihrer Regierungsfraktion?
- 5) Bisher galt die Außenpolitik und die Verteidigungspolitik als besonders sensibler Konsensbereich. Die Größe unseres Landes, die geopolitische Lage, die historische Erfahrung und neu und dramatisch hinzukommend die Entwicklung im Osten lassen diesen Weg besonders sinnvoll erscheinen. Sind Sie weiter an einer Konsenspolitik im Rahmen der Landesverteidigung bemüht und was werden Sie tun, um dies glaubhaft zu unterstreichen?
- 6) Aufgrund der Bundesverfassung kommt Ihnen eine Koordinationsfunktion im Rahmen der Landesverteidigung zu. Sie sind ebenso Vorsitzender des Landesverteidigungsrates. Welche wesentlichen Reformgedanken haben Sie bisher in die Verteidigungspolitik eingebracht? Gibt es wesentliche Reformgedanken, die Sie jetzt für die Legislaturperiode einbringen können, die sich von den Reformplänen des Herrn Verteidigungsministers unterscheiden? /